V-46

Attraktiver und fairer Freiwilligendienst statt Zwangsjahr

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in:	Dagmar Hanses (KV Soest)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Die Freiwilligendienste haben sich in Deutschland etabliert und haben eine große Beliebtheit bei jungen Menschen. Das ist wichtig, denn Freiwilligendienste sind ein Dienst an der Gesellschaft und fördern das demokratische Grundverständnis. Aktuell (laut BMFSFJ) absolvieren mehr als 80.000 Menschen einen Freiwilligendienst. Rund 53.000 machen demnach ein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), 3.000 ein Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) und rund 27.000 den Bundesfreiwilligendienst.

Innerhalb eines Jahres werden Arbeitserfahrungen gesammelt. Es werden Schlüsselkompetenzen wie Teamfähigkeit oder Verantwortungsbewusstsein gefördert, sowie die Persönlichkeitsentwicklung gestärkt. Außerdem werden die Freiwilligen auf das Arbeiten in der modernen Arbeitswelt vorbereitet.

Im Mai 2008 wurden die Freiwilligendienste, durch die Zusammenfassung der Gesetze „zur Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ)“ mit den „Gesetzen zur Förderung des Ökologisches Jahres (FÖJ)“ weiterentwickelt. Im Jahr 2011 wurde der Bundesfreiwilligendienst geschaffen, der auch Menschen im Alter über 27 Jahren die Möglichkeit gibt, einen Freiwilligendienst zu absolvieren. Im Mai 2019 wurden zudem Freiwilligendienste in Teilzeit ermöglicht.

Dennoch bleiben die Programme verbesserungsbedürftig. Die Freiwilligen haben gute Rahmenbedingungen verdient!

Im Sommer 2018 forderten u.a. die damalige CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer und der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor eine allgemeine Dienstpflicht für Schüler*innen, nach ihrem Abschluss. **Nach unserer Auffassung braucht es aber kein Zwangsjahr, sondern eine progressive Lösung – wir wollen den Freiwilligendienst attraktiver und fairer machen.**

In Zukunft sollen der Bundesfreiwilligendienst (BFD), das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) sowie die FSJ in anderen Bereichen zu einem einheitlichen Freiwilligendienst verschmelzen. Damit wollen wir erreichen, dass es gemeinsame Regeln gibt und für mögliche Freiwillige das Angebot übersichtlicher gemacht wird. **Freiwilligendienste sind vielfältig, aber sie brauchen keine Mehrfachstrukturen!**

Bundesweit sollen Freiwillige zukünftig:

- **450 Euro** Taschengeld im Monat erhalten – verlässlich und unabhängig vom Träger der Einsatzstelle
- einen **1.500 Euro-Bonus** für den Start in das Berufsleben mit Ausbildung oder Studium (Dieser Bonus kann nur für Freiwilligendienstleistende unter 27 Jahren gelten.)
- **30 Tage Urlaubsanspruch** erhalten

Wichtig dabei ist, dass all diese Mittel für keine anderen Transferzahlungen angerechnet werden dürfen. Taschengeld ist Taschengeld und bleibt bei den Freiwilligen!

Freiwilligendienstleistende wenden aktuell ein Drittel bis zwei Drittel ihres Taschengeldes für die Fahrt zur Einsatzstelle auf. Deshalb ist es endlich an der Zeit, dass die Freiwilligendienstler*innen ein **kostenloses ÖPNV-Ticket** für das jeweilige Bundesland, in dem sie ihren Dienst absolvieren, erhalten.

Für viele möglichen Freiwilligen ist Mobilität zwischen Wohnort und Einsatzstelle einer der größten Herausforderungen. Häufig ist der Weg nach Hause zu weit und eine eigene Wohnung oder ein Zimmer nicht bezahlbar. Um dieses Problem zu lösen, fordern wir eine **Wohnungspauschale** für Regionen, in denen der ÖPNV noch keine angemessene Mobilität ermöglicht.

Damit sich in Zukunft mehr Freiwillige für unsere Gesellschaft und unser Land einsetzen, müssen die Plätze für die Freiwilligendienste bzw. den Freiwilligendienst auf **200.000 pro Jahr** erhöht werden, und die Öffentlichkeitsarbeit muss ausgebaut werden. Zudem fordern wir, dass es für Freiwillige vereinfacht wird, ihren Dienst in den anderen EU-Ländern und im Ausland zu absolvieren.

Für uns ist natürlich klar, dass diese Freiwilligendienste **allen Generationen** offenstehen müssen. **Alle Freiwilligendienste werden inklusiv gestaltet.** Träger inklusiver Einsatzstellen müssen besonders unterstützt werden.

Mit der Forderung für einen fairen, sozialgerechten und attraktiven Freiwilligendienst bekräftigen wir unsere Ablehnung eines Zwangsjahres, denn **„im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.“**

weitere Antragsteller*innen

Niklas Geßner (KV Solingen); Felix Siegert (KV Solingen); Marc Kersten (KV Köln); Maximilian Ruta (KV Köln); Fabian May (KV Herne); Sabine van Eyck (KV Solingen); Nabiha Ghanem (KV Soest); Stefan Dix (KV Köln); Yannick David Monschau (KV Solingen); Heike Havermeier (KV Köln); Martin Broll (KV Solingen); Björn Eckert (KV Siegen-Wittgenstein); Anna Leonore Kipp (KV Köln); Dorothea Geßner (KV Solingen); Peter Schmitz (KV Köln); Carl Riemann (KV Köln); Regina Kaiser (KV Köln); Robin Wagener (KV Lippe); Stephanie Bethmann (Rhein-Erft-Kreis KV); sowie 23 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.